

Die neue Eintagsfliege in der Verwaltung

09.05.2012, 18:04 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *dbb jugend nrw*



dbbjnrw-Vize Hillnhütter: "Das anonyme Bewerbungsverfahren beim Land NRW ist eine Eintagsfliege"

Von Auszubildendenstellen über Stellen im Mittleren Dienst bis hin zu solchen im höheren Dienst – sie alle werden derzeit in NRW nach einem Modellbewerbungsverfahren so besetzt, dass Herkunft, Alter und Geschlecht zunächst keine Rolle spielen. Allerdings – so zeigt es sich im Nachgang anderer Pilotphasen – nur für die Dauer des Projekts.

Noch bis zum 30. Juni experimentieren die beteiligten sieben Ressorts in 17 Modellbehörden im Bereich der Landesverwaltung mit dem anonymisierten Bewerbungsverfahren herum. Rund 103 Stellen sollen nach Auskunft von Marion Knödler aus der Abteilung Integration im Arbeits- und Integrationsministerium auf diese Art und Weise besetzt werden. Die, die davon profitieren sollen, sind Migranten und auch Frauen.

Begleitet und evaluiert wird das Projekt in NRW vom Kompetenzzentrum für Integration, das in der Bezirksregierung Arnsberg angebunden ist. Dort sind Leitsätze entwickelt worden, nach denen die Behörden bei den Stellenausschreibungen vorgehen, denn eine Stellenausschreibung, die mithilfe des anonymisierten Verfahrens Arbeitsplätze besetzt, muss anders aussehen als sonst.

Warum aber sind solche Verfahren nötig? "Jeder qualifizierte Bewerber sollte – unabhängig davon, ob er einen Migrationshintergrund hat oder nicht – eingeladen sein, sich auf Stellen im Öffentlichen Dienst zu bewerben", betont der stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend nrw, Jano Hillnhütter. Die Kehrseite der anonymisierten Bewerbungsverfahren ist jedoch, dass damit Beschäftigten in den Abteilungen, die Personalentscheidungen treffen, latent unterstellt werde, sie seien womöglich rassistisch, oder würden Bewerber mit einem anderem kulturellen Hintergrund meiden oder gar kategorisch ausschließen. "Natürlich wünschen wir uns ein solches Bild auf die dort Beschäftigten nicht", kritisiert Hillnhütter.

Nach Auffassung des gewerkschaftlichen Jugenddachverbandes wäre es ein weitaus besserer Ansatz, auf Messen, im Internet und anderen Orten Kampagnen zu starten, für den Öffentlichen Dienst zu werben und darauf hinzuweisen, dass hier qualifizierte Bewerber gesucht werden. "Menschen mit Migrationshintergrund sollten dann bei entsprechender Qualifikation genauso eingestellt werden wie andere Bewerber auch", führt Hillnhütter den Vorschlag der dbb jugend nrw aus. Im Fokus sollte stehen, dass man für die Posten in den öffentlichen Verwaltungen die Besten haben wolle, ganz ohne das Geschlecht, die Herkunft oder andere Faktoren ins Visier zu nehmen, und ganz ohne Quotenregelungen.

Im Integrationsministerium setzt man jedoch auf eine andere Vorgehensweise: Der Fokus liegt hier nicht darauf, überhaupt erst einmal klarzustellen, dass auch Migranten die Möglichkeit haben, sich auf Stellen im Öffentlichen Dienst zu bewerben. Stattdessen baut man einzig und allein auf ein Verfahren, das den faden Beigeschmack hat, die Entscheider schon mal vorab als latente Migrantenmeider abzustempeln.

Das anonymisierte Verfahren setzt auf einen zusätzlichen Qualifikationsbogen, in dem Stellenbewerber frei von Angaben zu Alter, Geschlecht, Herkunft oder Namen lediglich ihre Qualifikationen für eine Stelle angeben. Die erste Auswahl der Stelleninteressenten findet ausschließlich nach dem Sichten der Qualifikationsbögen statt. Erst wenn das Personalreferat die Bewerber ausgewählt hat, die zum Vorstellungsgespräch kommen sollen, erhalten die Personaler die vollständige Bewerbung. In seltenen Fällen müsse dann allerdings nachkorrigiert werden, erklärt Marion Knödler. Dann nämlich, wenn die Vorauswahl der Unbekannten im Nachhinein ergibt, dass das Schwerbehinderten- oder Gleichstellungsgesetz berührt sei.

Weiterer Pferdefuß des Pilotprojekts: Arbeitsminister Wolfram Schneider lobt schon vor Abschluss das Pilotverfahren, denn es schaffe bei allen Beteiligten eine geschärfte Aufmerksamkeit für das Ziel, mehr Migrantinnen und Migranten für den Öffentlichen Dienst anzuwerben. Allerdings, so zeigt es das Projekt der Integrationsstelle des Bundes, nur vorübergehend. Nachdem das Pilotprojekt beendet ist, sind die meisten der beteiligten Unternehmen und Behörden wieder zum herkömmlichen Verfahren zurückgekehrt. Für die öffentliche Verwaltung ist das nach Auffassung der dbb jugend nrw vor allem in Anbetracht der zu besetzenden Stellen, die durch die Pensionierungswelle entstehen, ein großes Dilemma. So wird nichts auf den Weg gebracht, das Bestand hat. In der Biologie kennt man das Phänomen als Eintagsfliege.

Portrait

Die Deutsche Beamtenbund Jugend NRW (dbb jugend nrw) ist ein politisch und strukturell autonomer gewerkschaftlicher Jugendverband für junge Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Ihre Mitglieder sind in Nordrhein-

Westfalen als Beamtinnen und Beamte oder Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst und seinen privatisierten Bereichen beschäftigt. Die dbb jugend nrw ist Dachorganisation für über 20 Fachgewerkschaften.

Die dbb jugend nrw ist in folgenden Bereichen aktiv:

- Berufspolitik
 - Jugend- und Gesellschaftspolitik
 - Interessenvertretung
 - Bildungspolitik
 - Internationale Jugendarbeit
-

News-ID: 631353 • Views: 200 (Stand: 24.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/631353/Die-neue-Eintagsfliege-in-der-Verwaltung.html>